Deutscher Bundestag **Drucksache 13/5771**
13. Wahlperiode 11. 10. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 16. Oktober 1996

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)	Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die soziale, verkehrliche und sonstige Infrastruktur in den Spandauer Ortsteilen Gatow und Kladow aufgrund des Zuzugs von Bundesbediensteten entsprechend ausgebaut wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Abgeordnete **Elke Ferner** (SPD)	Wie werden die Gelder, die die Bundesregierung zur Verfügung stellt, um zurückkehrenden Exilchilenen beim Aufbau einer neuen Existenz zu helfen, vergeben, und trifft es zu, daß diese Gelder über chilenische Banken laufen, die für die Vergabe derartig hohe Zinsen fordern, daß viele der Empfänger ihre Existenz bereits wieder verloren haben?
3. Abgeordnete **Elke Ferner** (SPD)	Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Gelder an zurückkehrende Exilchilenen so vergeben werden, daß der Aufbau einer dauerhaften Existenz in Chile möglich wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)	Plant die Bundesregierung eine Neuregelung der Berechnung der Versorgungsbezüge von Beamten, die wegen Dienstunfähigkeit aus dem Dienst ausscheiden, und welche konkreten Auswirkungen (Angabe von Rechenmodellen) wird dies, sofern eine Änderung vorgesehen ist, für Beamte haben, die wegen Dienstunfähigkeit aus dem Dienst ausscheiden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

5. Abgeordneter **Dr. Eckhart Pick** (SPD)

Wie viele Personen haben Ansprüche auf Schadenersatz gegen die Bundesrepublik Deutschland geltend gemacht, die im Zusammenhang mit dem Konkurs des Reiseveranstalters MP Travel-Line stehen, und wie ist die weitere Abwicklung der Verfahren vorgesehen?

6. Abgeordneter **Dr. Eckhart Pick** (SPD)

Wie hoch ist der von dem Konkurs des Reiseveranstalters MP Travel-Line betroffenen Reisenden im Durchschnitt geltend gemachte Schaden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Aus welchem Grund benötigen Blockheizkraftwerke (BHKW), wenn sie nach dem 30. Juli 1996 in Betrieb gehen, eine Einzelgenehmigung durch das örtliche Hauptzollamt bzw., wenn sie bereits in Betrieb sind, nachträglich bis zum 1. April 1997 eine solche Genehmigung?

8. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dieses Hemmnis gegen den Einsatz der wegen ihrer effizienten Energienutzung für den Klimaschutz wichtigen Anlagen zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

9. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Bis wann rechnet die Bundesregierung mit einer Reform der europäischen Weinmarktordnung, und welche Positionen vertritt die Bundesregierung im Interesse des Deutschen Weinbaus und der deutschen Winzer bei den derzeit noch zwischen den weinerzeugenden Ländern in den EU umstrittenen Punkten der geplanten neuen EU-Weinmarktordnung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordnete **Iris Gleicke** (SPD)	Wie reagiert die Bundesregierung auf die als scharfe Kritik an der Haltung der Bundesregierung im Streit um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verstandene Äußerung des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Werner Stumpfe, in den ARD-Tagesthemen am 7. Oktober 1996, er fühle sich von der Politik an einigen Stellen „verlassen"; es sei ein „einmaliger Vorgang", daß die Bundesregierung ein Gesetz über die parlamentarischen Hürden bringe und dann die Arbeitgeber davor warne, dieses Gesetz „in der Praxis auch tatsächlich umzusetzen"?
11. Abgeordnete **Iris Gleicke** (SPD)	Wie hoch schätzt die Bundesregierung den durch die aktuelle Auseinandersetzung um die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entstandenen Schaden für die betroffenen Unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

12. Abgeordneter **Gerd Höfer** (SPD)	Beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, Soldaten des 3. IFOR-Kontingentes auf freiwillige Meldung diesen eine Anschlußverwendung nach dem Auslaufen des Mandates am 20. Dezember 1996 zu ermöglichen?
13. Abgeordneter **Gerd Höfer** (SPD)	Wenn ja, können diese Soldaten damit rechnen, zwischen Auslaufen ihres viermonatigen Einsatzes in Kroatien und einer neuen Verwendung Urlaub zu bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

14. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)	Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den in der Resolution der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e. V. anläßlich der 8. Jahrestagung in Berlin am 31. August

1996 aufgestellten und dem Bundeskanzler übersandten Forderungen, um die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung bei Großschadensereignissen und Katastrophen sicherzustellen?

15. Abgeordnete **Petra Ernstberger** (SPD)	Aufgrund welcher Tatsachen hat die Bundesregierung die erst am 1. Januar 1993 in Kraft getretene Pflegepersonalregelung (PPR) abgeschafft, und welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung nach Aufhebung der PPR in den Krankenhäusern, die flexible Anpassung der Personalentwicklung an die Leistungsentwicklung zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

16. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Trifft es zu, daß das Umweltbundesamt (UBA) bereits Anfang September 1996 die Stadt Dessau gebeten hat, darauf hinzuwirken, daß eine Abrißgenehmigung für denkmalgeschützte Substanz eingeräumt wird?
17. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Trifft es außerdem zu, daß in einem Ressortgespräch zur Verlagerung des UBA nach Dessau im August 1996 unter Beteiligung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Übereinstimmung darüber bestand, daß im südlichen Bereich des Gasviertels in Dessau keine Beschränkungen durch den Denkmalschutz akzeptiert werden können und dahin gehend auf die Landes- und Kommunalbehörden eingewirkt werden soll, und wie sind diese Äußerungen mit der Aussage der Bundesregierung, „daß im Ergebnis der Realisierung des Bauvorhabens etwaige Anforderungen des Denkmalschutzes gewahrt werden" (Drucksache 13/4381), zu vereinbaren?
18. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)	Weshalb hat die Bundesregierung in ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschrif-

ten und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften in der vom Bundeskabinett am 27. August 1996 verabschiedeten Fassung auf eine Entschädigungsverpflichtung der Länder für naturschutzbedingte Eigentumsbeschränkungen – wie sie z. B. in ihrem Vorentwurf vom Mai 1995 noch enthalten war – verzichtet?

19. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Wie wird sichergestellt, daß die Länder Regelungen über Entschädigungen bei Enteignungen oder für erhebliche Nutzungsbeschränkungen (ausgleichspflichtige Eigentumsinhaltsbestimmungen) erlassen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

20. Abgeordneter **Horst Sielaff** (SPD)

Werden derzeit in Rußland jüdische Bürgerinnen und Bürger verfolgt oder diskriminiert, und welche Gründe geben jüdische Auswanderer für ihre Auswanderung an?

21. Abgeordneter **Horst Sielaff** (SPD)

Nach welchen Kriterien werden jüdische Einwanderer von deutschen Behörden in Rußland, Kasachstan, der Ukraine und anderen GUS-Staaten anerkannt?

22. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt auf Weisung des Bundeskanzlers bei der libyschen Regierung im Hinblick auf mögliche Verletzungen deutscher Gesetzes vorstellig geworden ist im Zusammenhang mit dem Bau einer Giftgasfabrik, und welches Ergebnis haben diese Vorstellungen gebracht?

23. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den neuerlich bekanntgewordenen Zulieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung und Produktion chemischer Waffen in Libyen und atomarer Waffen im Irak?

24. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Verweigerung bzw. Verzögerung von Zahlungsverpflichtungen und die Verknüpfung des Ausgleichs von Zahlungsverpflichtungen mit politischen Forderungen (Konditionierung) von Mitgliedsländern gegenüber den Vereinten Nationen, um dadurch eigene Vorstellungen bezüglich der Arbeitsweise und des Budgets der Weltorganisation zu erzwingen, wie dies gegenwärtig von der amerikanischen Regierung praktiziert wird (s. AFP-Meldung vom 10. Oktober 1996)?

25. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Auf welche Weise versucht die Bundesregierung, ihre eigenen Vorstellungen von einer besseren Arbeitsweise und Budgetkontrolle der Vereinten Nationen durchzusetzen, und wird sie dabei auch auf konditionierte Beitragszahlungen als Druckmittel zurückgreifen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

26. Abgeordneter **Wilhelm Schmidt (Salzgitter)** (SPD)

Wie verträgt sich die vollzogene Einrichtung einer neuen Abteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit dem propagierten Ziel des „schlanken Staates"?

27. Abgeordneter **Wilhelm Schmidt (Salzgitter)** (SPD)

Welchen Effizienzgewinn hat die Einrichtung einer zusätzlichen Abteilung gebracht?

28. Abgeordneter **Hans-Peter Kemper** (SPD)

Wann soll die Unterabteilungsleiterebene im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, entsprechend der diesbezüglichen Absichtserklärung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 25. September 1996, aufgelöst sein?

29. Abgeordneter **Hans-Peter Kemper** (SPD)

Welche Aufstiegschancen für besonders qualifizierte Referentinnen/Referenten und Referatsleiterinnen/Referatsleiter gibt es in den nächsten Jahren im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung?

30. Abgeordneter **Dr. Dietrich Sperling** (SPD)

Gab es beim Gespräch zwischen dem Chef des Bundeskanzleramtes, dem Staatssekretär im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und einem leitenden Beamten, über das die Süddeutsche Zeitung am 10. September und der General-Anzeiger am 18. September 1996 berichteten und das die Bundesregierung als informell bezeichnet, ein Ergebnis?

31. Abgeordneter **Dr. Dietrich Sperling** (SPD)

Ist es zutreffend, daß der Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, dem Staatssekretär im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Peter Hausmann, und seinem Stellvertreter, Wolfgang Gibowski, empfahl, ihren Fall dem Bundeskanzler vorzulegen?

32. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Ist dem Bundeskanzler bekannt, daß der Unmut der Bonner Journalisten über Regierungssprecher Peter Hausmann und seinen Stellvertreter Herbert Schmülling sehr groß ist, weil beide immer wieder in der Bundespressekonferenz keine Auskünfte auf Fragen geben können und daher unzureichend informiert erscheinen (s. ZDF „Bericht aus Bonn" am 2. September 1996, Frankfurter Rundschau am 5. September 1996, Süddeutsche Zeitung am 10. September 1996)?

33. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Was gedenkt Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zu unternehmen, um den häufigen Eindruck eines unzureichenden Informationsstandes von Regierungssprecher Peter Hausmann und seinem Stellvertreter Herbert Schmülling zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

34. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie will die Bundesregierung die Bestellung von Mittelstandsbeauftragten für die aufstrebenden Länder Lateinamerikas (vgl. Kapitel 2 Abs. 3 Nr. 2 des Lateinamerika-Konzepts der Bundesregierung) mit einem Budget von jeweils lediglich 100500 DM für 1996 und 1997 umsetzen, und/oder stehen alternative bzw. additive Möglichkeiten zur angemessenen Mittelausstattung zur Verfügung?

35. Abgeordneter **Albert Schmidt (Hitzhofen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung, den von der bayerischen Landesregierung gegenüber dem Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Wirtschaft für ein neues Energiewirtschaftsgesetz geäußerten Bedenken, u. a. aus Umweltgründen, in einem neuen Referentenentwurf Rechnung zu tragen, und wird die Bundesregierung aufgrund der heftigen Kritik, u. a. von den Umweltverbänden, konkrete umweltpolitische Nachbesserungen am Referentenentwurf vornehmen?

36. Abgeordneter **Albert Schmidt (Hitzhofen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Wirtschaft die in der EU-Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinie formulierten Vorgaben hinsichtlich Entflechtung der Energieversorgungsunternehmen und Transparenz nicht in die Referentenentwürfe zur Reform des Energiewirtschaftsgesetzes integriert, und wird sie von den gemäß der Richtlinie vorgesehenen Vorrangregelungen für umweltfreundlich produzierten Strom Gebrauch machen?

37. Abgeordnete **Michaele Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung die geplante Energierechtsnovelle im Kabinett behandeln, und welche Gründe gibt es dafür, daß die Energierechtsnovelle noch nicht, wie vom Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, geplant, im Kabinett behandelt wurde?

38. Abgeordnete **Michaele Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu aus den Reihen der Energieversorgungsunternehmen geäußerten Wünschen nach Verschiebung der vom Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, geplanten Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes um zwei Jahre, um ausreichend Zeit zur Einarbeitung der Vorgaben aus der EU-Elektrizitäts-Richtlinie zu haben, und wird die Bundesregierung die in der EU-Elektrizitäts-Richtlinie vorgegebene Entflechtung der Stromkonzerne in den nationalen Gesetzentwurf übernehmen?

39. Abgeordnete **Franziska Eichstädt-Bohlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung die durch die Energierechtsnovellen auf europäischer und nationaler Ebene geplanten Strompreissenkungen für ein aus Umwelt- und Klimaschutzsicht positives Signal, und hat die Europäische Kommission oder die Bundesregierung Berechnungen über den aufgrund der Preissenkungen zu erwartenden höheren Stromverbrauch angestellt?

40. Abgeordnete
Franziska Eichstädt-Bohlig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung dafür eintreten, parallel zur EU-Elektrizitäts-Richtlinie eine europäische CO_2-Energiesteuer, ein europäisches Stromeinspeisungsgesetz und eine europäische Energieeinsparrichtlinie zu verabschieden, und wann wird die Bundesregierung eine nationale Energiesteuer, wie sie in vielen EU-Mitgliedsländern bereits besteht, einführen?

41. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung Prognosen, nach denen im Falle der vom Bundesministerium für Wirtschaft geplanten Energierechtsänderung binnen zehn Jahren aufgrund ungleicher Wettbewerbsbedingungen nur noch ein Drittel der heutigen Stadtwerke existieren wird, und wie will die Bundesregierung faire Wettbewerbsbedingungen herstellen, in denen nicht nur die heutigen Stadtwerke, sondern auch Neuanbieter eine Marktchance erhalten?

42. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung die Umkehrung der Beweislast im Falle der Stromdurchleitung für ein geeignetes Mittel, für alle Marktteilnehmer gleiche Marktchancen zu erhalten, und was hat das Bundesministerium für Wirtschaft dazu bewogen, für die nationale Energierechtsnovelle auf den gemäß EU-Richtlinie vorgegebenen Durchleitungstatbestand zu verzichten?

43. Abgeordneter
Gerhard Jüttemann
(PDS)

Welche Gründe gab es dafür, Anfang der 90er Jahre bei der Reduzierung bzw. Schließung von Untertageschächten in den neuen Bundesländern – wie z. B. im Mansfelder Land für Kupferschiefer, in der Wismut für Uranerz oder in Thüringen für Kalisalz – keine Richtlinie über die Gewährung von Anpassungsgeld zu erlassen, wie das 1988 und in Neuauflage 1994 für den Steinkohlebergbau in den alten Bundesländern geschah?

44. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts der existenzbedrohenden Situation der in Rostock ansässigen Baltic Transport GmbH (s. Berliner Zeitung vom 15. August 1996) bereit, von dem nachträglich ausgesprochenen Exportverbot von entmilitarisierten Robur-Lkws nach Nordkorea abzurücken, oder welche Gründe liegen vor, weiterhin an dem Verbot festzuhalten?

45. Abgeordnete **Dr. Christine Lucyga** (SPD)

Ist die Bundesregierung im Falle des Festhaltens an dem Exportverbot für diese Fahrzeuge bereit, der Baltic Transport GmbH (s. Berliner Zeitung vom 15. August 1996) insoweit entgegenzukommen, auf die Kosten für die Entmilitarisierung der noch nicht abgeholten Fahrzeuge, die von einer Firma durchgeführt wurde, bei der der Bund die überwiegenden Anteile hält, wie auch auf die angefallenen Standgebühren zu verzichten, um dadurch die Existenz der Firma und damit auch Arbeitsplätze noch retten zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

46. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Treffen Berichte der Nachrichtenagentur ADN zu, wonach die Bundesregierung für den Bau und Betrieb des Transrapid eine Verordnung zum Lärmschutz erarbeitet und dabei erwägt, einen „Schienenbonus" einzuarbeiten?

47. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Treffen Informationen der Sender Radio Schleswig-Holstein und NDR 3 Aktuell zu, wonach die Bundesregierung eine neue Studie zu den Fahrgastprognosen für den Transrapid in Auftrag gegeben hat, diese Studien bzw. Zwischenergebnisse bereits vorliegen und als neue Prognose ein Fahrgästeaufkommen von um die 8 Millionen Fahrgäste pro Jahr ergeben haben?

48. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für wann ist der Erörterungstermin zum Transrapid geplant, und wie schätzt die Bundesregierung die Realisierbarkeit dieses Termins angesichts des von Umweltverbänden wie dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie Bürgerinitiativen als von Mängeln behaftet kritisierten Raumordnungsverfahrens ein?

49. Abgeordnete **Waltraud Lehn** (SPD)

Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um eine Zuwiderhandlung gegen § 2 des Binnenschiffahrtsaufgabengesetzes, wonach das Befahren von Bundeswasserstraßen erlaubnispflichtig ist, wirkungsvoller bestrafen zu können als bisher?

50. Abgeordnete **Waltraud Lehn** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung, daß die Wasser- und Schiffahrtsdirektionen bekanntgewordene Kabotageverstöße nicht verfolgt haben, weil die betreffenden Ausrüstungsverhältnisse zwischen den betreffenden deutschen Reedereien und den ausländischen Unternehmern zwischenzeitlich aufgelöst wurden?

51. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

An welchen Bundeswasserstraßen, Flüssen oder sonstigen Gewässern in der Bundesrepublik Deutschland wird für die Bestimmung der möglichen Abladetiefe jeweils von welchen Sicherheitszuschlägen ausgegangen, die zusammen mit der Abladetiefe der Gesamttiefe entsprechen?

52. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Welcher Sicherheitszuschlag ist nach Ansicht der Bundesregierung an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen zusätzlich zu der Abladetiefe zugrunde zu legen, und von welcher Gesamtausbautiefe geht die Bundesregierung dementsprechend bei einer Abladetiefe von 2,50 m aus?

Bonn, den 11. Oktober 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333